

Neue Spielregeln für Waffenexporte

Waffenexporte: Eine bürgerliche Strategie für Rüstungsgeschäfte

Die Bundeshausfraktion der BDP Schweiz hat sich in mehreren Sitzungen intensiv mit der Situation rund um die Waffenexporte auseinandergesetzt. Sie fordert über drei verschiedene Vorstösse ein Umdenken und vor allem mehr demokratische Legitimation.

Wer sicher sein will, dass die Politik den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Entwicklungen ausreichend Rechnung trägt, der muss von Zeit zu Zeit den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Chance geben, sich entsprechend zu äussern. Dies ist bei Waffenexporten aktuell nicht der Fall, obschon gerade diese immer wieder zu emotionalen Diskussionen führen.

Demokratische Legitimation erhöhen

Die wesentlichen Fragen rund um Kriegsmaterialexporte sind heute in der Verordnung des Bundesrats geregelt. Und wenn sich die zuständigen Verwaltungseinheiten bei Exportgesuchen einig sind, so kommen diese nicht einmal in den Bundesrat. Die demokratische Legitimation solcher Entscheide ist also schlichtweg inexistent, obschon die politische Brisanz sehr hoch sein kann. Die BDP-Fraktion zeigt einen Ausweg aus dieser unbefriedigenden Situation, indem die entsprechenden Bestimmungen aus der Verordnung gestrichen und ins Gesetz übernommen werden. Damit würde bei künftigen Anpassungen eine parlamentarische Debatte ermöglicht - und gegebenenfalls auch ein Referendum.

Schnittstelle zur Asylpolitik

Eine Lockerung der Kriegsmaterialexporte erhöht die Verfügbarkeit von Waffen in Krisengebieten. Und gerade dort hat der hohe Migrationsdruck auf die Schweiz und Europa oftmals seinen Ursprung. Es wäre deshalb geradezu zynisch, wenn ausgerechnet die Schweiz aufgrund von Waffenexporten dafür mitverantwortlich wäre, dass noch mehr Menschen flüchten müssen. Wer viel Geld in die Entwicklungshilfe investiert und gleichzeitig die innenpolitischen Herausforderungen rund um die Zuwanderung kennt, der sollte Rüstungsexporte in Krisengebiete vermeiden. Diesem Aspekt wird weder im Kriegsmaterialgesetz noch im Güterkontrollgesetz explizit Rechnung getragen. Die BDP-Fraktion fordert deshalb entsprechende Ausschlusskriterien.

Zukunft der Rüstungsindustrie

Die strategischen Herausforderungen der Schweizer Rüstungsindustrie sind gross. Die Umsatzzahlen haben sich nach dem Ende des kalten Krieges praktisch halbiert. Mit dem Hinweis auf gleich lange Spiesse möchten Schweizer Rüstungsfirmen offenbar - wie die europäische Konkurrenz - auch in Bürgerkriegsländer exportieren. Ob dies aber eine Mehrheit der Menschen in der Schweiz auch so sieht, ist höchst ungewiss. Klar ist aber auch, dass insbesondere in peripheren Gebieten zahlreiche Arbeitsplätze von der Rüstungsindustrie abhängen. Strategische Neuausrichtungen brauchen Zeit und Mut. Die BDP-Fraktion ist deshalb der Auffassung, dass solche Prozesse seitens des Bundes aktiv unterstützt und gefördert werden sollen.

Auskunft:

Nationalrat Martin Landolt, 079 620 08 51

Nationalrätin Rosmarie Quadranti, 079 865 66 11

22.05.2018